Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 6

Artikel: Finanzpolitik als Kunst des Möglichen
Autor: Giovanoli, Rudolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339344

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

werkschaften dank ihrer Macht ihre Tarifverträge abschliessen, korrekt gegenüber den bürgerlichen Kollegen in den Gremien des Staates heisst aber nicht darauf zu verzichten, eindeutig und konsequent die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, deren Mandatsträger die Sozialdemokraten sind, zu vertreten. Dazu braucht es das grosse intellektuelle Potential der 68er Bewegung, die «neue Qualität», die zum sozialistischen Salz der Erde gehört.

Theo Pinkus

Finanzpolitik als Kunst des Möglichen

Ruedi Winkler: «Mehrwertsteuer – was heisst das?» («Profil» 4/77)
Peter Graf: «Finanzpaket und Haushaltbudget» («Profil» 4/77)

Unlängst sprach Nationalrat *Richard Müller* vor der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord über das Finanzpaket.

Der Referent wies zunächst einmal auf die Gründe hin, welche zur leeren Bundeskasse geführt haben. Er legte dar, wie der Bund eben neue und kostspieleige Aufgaben übernommen hat, wobei aber gleichzeitig traditionelle Finanzquellen zu versiegen begannen.

Neue Aufgaben – aber weniger Geld

Beispielsweise ist es dank dem unermüdlichen Wirken der Sozialdemokraten und Gewerkschaften gelungen, die AHV erheblich zu verbessern, und das kostet Geld. Weiter hat der Bund seit den Sechzigerjahren Forschung, Unterricht und Wissenschaft direkt und indirekt zu fördern begonnen. Dann musste die Eidgenossenschaft auf dem Gebiete des Umweltschutzes eingreifen. Die paar Beispiele liessen sich vermehren.

Gleichzeitig aber sind die traditionellen Hauptquellen der Bundesfinanzen, die Zolleinnahmen, fast zum Versiegen gekommen: Die internationalen Freihandelsabkommen, das GATT, die EG-Verträge hatten zur Folge, dass innert anderthalb Jahrzehnten der Anteil der Zolleinnahmen im Bundeshaushalt von etwa 76 Prozent auf bloss noch 7 Prozent sanken.

Da nun aber mehr als ein Drittel des Bruttosozialprodukts vom Aussenhandel stammt, muss die Schweiz am Freihandel und an niedrigen Zöllen interessiert sein. Auch die verpasste Gelegenheit, vom Gewicht- zum Wertzoll zu wechseln, hätte nicht eine grundlegende Wende herbeizaubern können. Per saldo besteht also in der Bundeskasse ein immer grösser werdendes Loch; das Defizit stieg innert 5 Jahren von 0,3 auf 1,5 Milliarden. Zwar wird angeregt, der Bund könne sich über billige Anleihen leicht finanzieren; doch ist das nur gepumptes Geld, dessen Verzinsung seinerseits saftige Kosten verursacht. Die Verzinsung der vom Bund letztes Jahr aufgenommenen Darlehen kostet jährlich 240 Millionen!

Sparen – auf wessen Rechnung?

Mit dem unbegrenzten Aufnehmen von Anleihen ist es demnach Essig, zumal diese Art der Finanzierung wesentlich unsozialer ist und eben teurer zu stehen kommt als die Finanzierung über Einkommens- oder andere Steuern.

Nun redet aber das Bürgertum oft und gerne vom Sparen. Das ist leicht verständlich, da die Bessergestrählten weniger auf die Leistungen des Bundes und der öffentlichen Hand angewiesen sind als die unteren Einkommensklassen. Es hat noch niemand überzeugend nachweisen können, wo der Bund sparen könnte, ohne wesentliche Einbussen in seiner Tätigkeit in Kauf nehmen zu müssen. Beispielsweise verhindern derzeit die Bundesbeiträge zur Krankenversicherung, dass die Frauen 50 bis 60 Prozent mehr Beiträge leisten müssen als die Männer. Ähnlich liegen die Dinge bei den Beiträgen an Kantone, die übrigens grösser sind als der «Eigenverbrauch» des Bundes. Streichungen würden sich sofort auf die Kantonssteuern auswirken, und die sind in der Regel wesentlich unsozialer als die Steuern des Bundes. Analoges führte der Referent zur Landwirtschaft und zu den Investitionen des Bundes aus.

Der Abbau droht

In dieser Situation möchten die rechtsbürgerlichen Kreise natürlich, ihren traditionellen Neigungen folgend, beim Personl sparen. Geraten die Leistungen ans Bundespersonal – Teuerungsausgleich, 13. Monatslohn – einmal ins Wanken, so wird aber für alle Besoldeten das gleiche Schicksal vor der Türe stehen. Das gehört ja eben zu der perfiden Strategie unserer Gegner. Dass diese alles vergessen und nichts gelernt haben, ist nicht weiter verwunderlich. Sie haben schliesslich vor dem Krieg mit exakt demselben Sparrezept (auch Deflationspolitik genannt) die grosse Weltwirtschaftskrise herbeigezaubert. Im Rahmen der heutigen Rezession beim Staat zu sparen, bedeutet aber Verminderung der Kaufkraft, weiteres Bremsen der Volkswirtschaft, und damit das Herbeiführen einer neuen noch schwereren Krise. Den Baronen an der Bahnhofstrasse in Zürich ist noch nie etwas an der Erhaltung der Schweiz gelegen – ausser in schönen Worten.

Das Finanzpaket

In dieser Lage sahen sich die Sozialdemokraten vor die Notwendigkeit gestellt, gemeinsam mit den fortschrittlicheren Teilen der Nationalratsfraktionen eine bestmögliche (nicht die beste, aber die bestmögliche) Lösung herauszuarbeiten. Sie verwendeten sich damit auch gegen die Auftrennung der Finanzfrage in leicht abschiessbare Einzelvorlagen; daher eben das sogenannte Finanzpaket. Würden Sparvorlagen, Mehrwertsteuer, Aenderung der Wehrsteuer allein zur Volksabstimmung kommen, und

dazu die sozialdemokratische Initiative über die Reichtumssteuer, so kann man sich den Ausgang an den Fingern abzählen.

So ist es aber dank intensiver Kleinarbeit in den Kommissionen gelungen, bei der Wehrsteuer eine Entlastung der unteren Einkommen zulasten der oberen einzubauen, und die WUST durch eine zwar ebenfalls unbeliebte, aber wenigstens etwas weniger unsoziale Mehrwertsteuer zu ersetzen. Dass der Bund mehr Geld haben muss, schleckt indessen keine Geiss weg, bemerkte der Referent. Die Frage besteht hier darin, ob wir mit dem Wünschbaren scheitern wollen oder lieber das Mögliche zwecks Bewahrung der erreichten Fortschritte anstreben.

Die Mehrwertsteuer (MWSt)

Entgegen anderslautenden Behauptungen wird die MWSt in unserem Sinne günstigere Eigenschaften aufweisen, als eine bloss erhöhte WUST: Sie umfasst nämlich, anders als die WUST, auch Dienstleistungen, die wiederum bei den höheren Einkommen mehr einbringen als bei den niederen. Zudem dient sie der Exportindustrie, indem die WUST die Investitionen belastet (daraus stammen die Hauptanteile der WUST), aber an der Grenze für den Auslandsmarkt nicht abgezogen werden kann; damit verteuern wir unsere Exportgüter, was die Volkswirtschaft und letzten Endes erneut den Arbeiter trifft. Der Referent befasste sich hier vor allem mit dem Argument, indirekte Steuern seien unsozialer als direkte. Dies trifft zu. Aber es trifft nur zu, wenn man die Wahl zwischen beiden hat, und die haben wir eben nicht. Wie die Dinge liegen, verwirft der Stimmbürger zu seinem eigenen Nachteil (siehe Stadt Bern) nur allzu leicht Steuererhöhungsvorlagen solcher Art, indem er der bürgerlichen Lügenpropaganda auf den Leim kriecht.

Bei der MWSt bleibt die Frage, wer das Mehraufkommen berappt. Da sie sich im Index niederschlägt, im Gegensatz zu den direkten Steuern, ist der Arbeiter wenigstens von dieser Seite her geschützt. Das Verfahren der MWSt ist im übrigen (siehe oben) dank Erfassung der Dienstleistungen geeigneter als die bisherige WUST. Zudem sind mehrere unserer Postulate in dieses Finanzpaket eingebaut; so werden Kantonsbeiträge des Bundes davon abhängig gemacht, ob der jeweilige Kanton seine Steuersubstanz auch wirklich ausschöpft, oder ob er auf Bundeskosten eine Steueroase bildet. Alles in allem ist somit das Finanzpaket sicher kein sozialistischer Wunschtraum; aber es ist unter den gegebenen Umständen die bestmögliche Lösung.

Kritik und Diskussion

Die anschliessende Diskussion rupfte den Referenten zunächst ziemlich arg, und es wurde heftige Kritik laut. Insbesondere waren Votanten verärgert darüber, dass einmal mehr die Sozialdemokraten das Staatsschiff retten sollen. Ferner fielen Sparvorschläge in Sachen Armee. Hier mussten

sowohl der Referent als auch der Sektionspräsident darauf hinweisen, dass zwar der Schweizer ständig über das EMD schimpft, dass aber die Armee sein liebstes Spielzeug ist. Auch das schleckt keine Geiss weg. Und die Armee ist nun einmal mit dem EMD verwandt. Der Referent verwies im übrigen auf die erreichte Plafonierung des EMD-Budgets und auf die Schwerarbeit zugunsten der 9. AHV-Revision. Es stimmt nicht, rief er aus, dass wir nichts tun! Aber man muss die Dinge sehen, wie sie sind! Dasselbe gilt für die ebenfalls kritisierte schlechte Präsenz im Nationalrat. Abwesende Sozialdemokraten tun nicht einfach nichts; sondern sie sitzen in Kommissionen (wo die Kleinarbeit, der grosse Krampf ausgetragen wird, aber halt ohne Tribüne und Publikum) oder bearbeiten Ratskollegen. Untätig sind sie jedenfalls nicht.

Nach der Aussprache übers Grundsätzliche und über finanztechnische Einzelheiten fasste ein Votant das Ergebnis der Ausführungen von Richard Müller wie folgt zusammen: Es besteht in dieser Sache – weil eine Frage der politischen Macht – nicht die Wahl zwischen gut und schlecht, sondern zwischen dem kleineren von zwei Übeln. Daher empfiehlt es sich bei allen Nachteilen, zwecks Erhaltung des bisher Erreichten, ein Ja für das Finanzpaket.

Rudolf Giovanoli

Mit einer Verwerfung der Vorlage ist für die Arbeitnehmer nichts gewonnen. Im Gegenteil! Vor allem würden mit einer Verwerfung keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Eine Politik der leeren Kassen ist keine gewerkschaftliche Politik. Wir wollen einen sozialen und handlungsfähigen Staat, dem man dazu die notwendigen Mittel geben muss. Wenn wir eine verhängnisvolle Entwicklung verhindern wollen, müssen wir uns für das Finanzpaket einsetzen. Die Gewerkschaften nähmen die Interessen der Arbeitnehmer nicht genügend wahr, wenn sie sich eine Politik leisteten, die auf Illusionen beruht. *Deshalb unterstützt der Gewerkschaftsbund diese Finanzvorlagen* – gegenüber den politischen Rechtsaussen, denen nichts lieber wäre als eine Ablehnung, damit ein armer Staat, ein Leistungsabbau, die soziale Demontage. Auch gegenüber der extremen Linken, die sich in einer ausweglosen Alles-oder-nichts-Politik gefällt.

Benno Hardmeier